



IHKLW Politiknews

16. AUSGABE WINTER 2024/25

IHKLW-Resolution

Energieversorgung
SEITE — 03

Nachgefragt

zum DIHK Papier
zur EU-Bürokratie
SEITE — 04

Nach US-Wahl

Neue Wachstums-
initiative gefordert
SEITE — 07

VERLÄSSLICHKEIT UND MEHR MARKTWIRTSCHAFT
ENTSCHEIDEND FÜR NEUE BUNDESREGIERUNG

Neuwahlen ermöglichen Kurswechsel und klaren Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit

Deutschland wählt am 23. Februar 2025 einen neuen Bundestag. Aus Sicht der regionalen Wirtschaft bedarf es bei der anschließenden Regierungsbildung einer klaren Fokussierung auf die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit. Dazu gehören eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung, eine drastische Reduzierung der Bürokratielasten, eine umfassende Digitalisierung der Verwaltung und eine Beschleunigung von Plan- und Genehmigungsverfahren. Des Weiteren braucht die Wirtschaft eine funktionierende Strategie zur Gewinnung von ausländischen Fach- und Arbeitskräften und eine leistungs- und zukunftsfähige Infrastruktur. Alles zusammengenommen ist dies eine Mammutaufgabe angesichts der externen Herausforderungen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik – und dennoch dringend erforderlich, um das Ruder im zweiten Rezessionsjahr in Folge wieder herumzureißen. Denn nur mit einer starken, gesunden und zukunftsfähigen Wirtschaft werden wir diese Herausforderungen meistern und finanzieren können.

Die neue Bundesregierung wird sich – ganz gleich in welcher Zusammensetzung – auch in Brüssel wieder verstärkt ein-

bringen müssen. Und dies liegt nicht nur an der Wahl Donald Trumps und den offenen Fragen rund um unsere Sicherheit und den Freihandel, sondern auch an der EU-Politik der letzten Jahre. Es wird in Zukunft nicht mehr reichen, sich in Abstimmungen zu enthalten, weil die Koalition uneins ist. Vielmehr braucht es einen klaren Kurswechsel hin zu mehr Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit – mit klaren Zielen, einem Mehr an marktwirtschaftlichen Mechanismen und weniger staatlicher Planung.

Klar ist: Die neue Bundesregierung muss schnell zu einer Einigung und zu ersten Ergebnissen kommen. Der nicht verabschiedete Haushalt 2025 stellt Unternehmen bereits heute vor Herausforderungen. Geht der Bund in die vorläufige Haushaltsführung, können z. B. bei der Infrastruktur keine neuen Projekte vergeben und gestartet werden – ein Problem insbesondere für die Bauwirtschaft.

Deutschland wählt und entscheidet damit über seine Zukunft. Die Zukunft der Wirtschaft gehört im Lastenheft ganz nach oben.

EDITORIAL

Liebe Leserinnen, liebe Leser,



Ein spannendes Jahr geht zu Ende – und auch das kommende Jahr verspricht entscheidende politische Weichenstellungen. Am 20. Januar wird Donald Trump neuer Präsident der USA, und nur einen Monat später, am 23. Februar, steht die Bundestagswahl in Deutschland an. Nach drei Jahren Ampel-Koalition zeigt sich eine erschütterte Wirtschaft: Die Konjunktur schwächelt, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland ist gefährdet. Jetzt ist der Moment für einen klaren Richtungswechsel. Hohe Energiepreise, Bürokratielasten, Schwächen bei der Infrastruktur und die inzwischen um sich greifende Wirtschaftskrise machen, vielen Unternehmen, große Probleme. Unsere IHKLW fordert schon lange einen Neustart in der Wirtschaftspolitik. Die geopolitischen Spannungen – der Ukraine-Krieg, die wachsende Abhängigkeit von China und der anhaltende Konflikt im Nahen Osten – machen dringend politisches Handeln erforderlich. Deutschland und Europa müssen ihre Position angesichts dieser Herausforderungen neu definieren. Ein großes Hindernis für Wachstum, Innovation und Veränderungsgeschwindigkeit sind in Deutschland oft langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren. Der Staat scheint vielerorts mit den eigenen Regeln überfordert. Dies bremst nicht nur die Klima-Transformation zum Beispiel beim Bau von Windrädern

und Solaranlagen, sondern auch die Entwicklung attraktiver Städte und den Ausbau von Infrastruktur wie Straßen, Schienen und Breitbandnetzen. Die schleppenden Prozesse erschüttern das Vertrauen von Unternehmen in einen funktionierenden Staat und erschweren dringend benötigte Investitionen.

Es geht aber auch anders: Die Politik hat dies in der Gaskrise bewiesen. Mit den LNG-Terminals und Ausnahmen für den Fuel-Switch wurden Blockaden plötzlich durchbrochen und entscheidende Schritte in kurzer Zeit umgesetzt. Solche Beispiele machen Mut. Sie zeigen, dass es schneller gehen kann, wenn man es nur will. Schön wäre es auch, wenn sich dieser Pragmatismus auf breiter Front durchsetzen könnte, damit auch die Wirtschaft in Zukunft schneller vorankommt.

Die Welt verändert sich schnell, und wir müssen uns diesem Wandel stellen. In dieser Ausgabe der IHKLW-Politiknews finden Sie Ideen und Ansätze, wie wir gemeinsam die Herausforderungen meistern und unser Land zukunftsfähig machen können.

Andreas Kirschenmann

Andreas Kirschenmann ist geschäftsführender Gesellschafter bei Gastrobäck in Hollenstedt und Präsident unserer IHK Lüneburg-Wolfsburg (IHKLW).

KONTAKT

andreas.kirschenmann@ihklw.de

Schon gewusst?

Bis zu **100.000 Euro**
Kosten pro Unternehmen fallen durch Produktionsausfälle, Datenverluste und Maschinenschäden infolge von Stromausfällen an. Die IHKLW-Forderungen zu **Energiesicherheit** lesen Sie auf Seite 3.

IHKLW-Politiknews abonnieren



Um künftige Ausgaben automatisch zu erhalten, abonnieren Sie die IHKLW-Politiknews hier:

ihk-lueneburg.de/abo

Was die neue Bundesregierung zur Sicherung der Stromversorgung tun sollte

Es gehört auf die energiepolitische Agenda der neuen Bundesregierung, eine zuverlässige und international wettbewerbsfähige Stromversorgung sicherzustellen. So lautet das klare Votum der IHKLW-Vollversammlung. Denn trotz steigender Energieeffizienz, wird der Stromverbrauch ansteigen. Forschungsinstitute haben verschiedene Szenarien berechnet, nach denen der heutige Stromverbrauch von knapp 600 Terawattstunden (TWh) pro Jahr bis 2045 auf 800 bis 1450 Terawattstunden jährlich ansteigen könnte.

Klar ist: Der Ausbau der Erzeugungskapazitäten von Erneuerbaren Energien, der Bau von wasserstofftauglichen Gaskraftwerken sowie der Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze zur Sicherung einer zuverlässigen und günstigen Energieversorgung sind für Unternehmen und Bevölkerung in unserer Region von übergeordneter Bedeutung. Hierfür bedarf es einer koordinierten Planung, wie Energieerzeugung und -verbrauch sowie der Netzausbau zusammengebracht werden können. Die Bundesregierung sollte auf verschiedene Weise dazu beitragen, die Probleme zu lösen. Einerseits sollte grundsätzlich die Versorgungssicherheit verbessert werden. Andererseits braucht es leistungsfähige Energieinfrastrukturen.

Laut einer Anfang des Jahres von den IHKs durchgeführten bundesweiten Befragung haben die Stromausfälle erhebliche finanzielle Auswirkungen auf die Betriebe. Beispielsweise waren 2023 knapp der Hälfte der betroffenen Firmen unter anderem durch Produktionsausfälle und Maschinenschäden zusätzliche Kosten entstanden. Diese Belastungen lagen meist in der Größenordnung bis 10.000 Euro, viele erreichten aber auch bis zu 50.000 Euro, vereinzelt sogar mehr als 100.000 Euro. Stromausfälle machen vielen Unternehmen zu schaffen. Dabei wird die Betroffenheit perspektivisch voraussichtlich noch größer. Denn stabile Stromnetze werden als Folge der fortschreitenden Elektrifizierung der Produktionsprozesse noch wichtiger – das gilt vor allem für viele Industrieunternehmen. Dem müssen unsere Stromnetze Rechnung tragen.

Die am 5. Dezember von der IHKLW-Vollversammlung beschlossene Resolution „Zuverlässige und international wettbewerbsfähige Stromversorgung sichern“ kann abgerufen werden unter: www.ihklw.de/stromversorgung



Was zu tun ist:

- 1. Ausstieg aus fossilen erst bei gleichwertigem Ersatz durch CO₂-freie Energieträger**
- 2. Kraftwerkstrategie wirtschaftlich und technologieoffen gestalten**
- 3. Stabilisierung des europäischen Stromnetzes durch mehr Grenzkuppelkapazitäten**
- 4. Übertragungs- und Verteilnetze ausbauen und modernisieren**
- 5. Ausbau von Smart Grids und Speichertechnologien beschleunigen**
- 6. Monitoring von Stromausfällen einführen**
- 7. Auskunftsrecht der Energieabnehmer erweitern**
- 8. Entschädigungsregelungen anpassen**
- 9. Regulatorische Hürden für Eigenstromerzeugung abschaffen**
- 10. Abschluss von Direktlieferungsverträgen (PPA) erleichtern und fördern**

Nachgefragt zur EU-Bürokratie



Frau Gaidus, die DIHK hat 50 konkrete Vorschläge zum Abbau bestehender Bürokratie und zur Verbesserung laufender Legislativvorschläge zusammengestellt. Was war der Anlass dafür?

Unternehmen sind beinahe täglich mit neuen Gesetzen, Berichtspflichten, Auflagen, Formularen und Anträgen konfrontiert, von denen ein Großteil aus der EU stammt. Dieser bürokratische Aufwand behindert die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe. Daher wurden diese Vorschläge entwickelt, um den Abbau von Bürokratie auf EU-Ebene konstruktiv zu begleiten.

Welche Erwartungen haben Sie an die angekündigten Bürokratieabbau-Vorschläge der EU?

Für die deutsche Wirtschaft ist der stringente Bürokratieabbau eine zentrale Maßnahme, um Europa auf globaler Ebene wieder wettbewerbsfähiger zu machen. Die Europäische Kommission hat mit der Anfang 2023 ins Leben gerufenen Initiative, 25 Prozent der bestehenden Berichtspflichten abzubauen zu wollen, einen ersten Schritt in die richtige Richtung unternommen. Europäische Unternehmen brauchen dringend Entlastungen von unnötiger Bürokratie sowie doppelten Berichts- und Informationspflichten.

Was sind die wichtigsten Maßnahmen, die Europa ergreifen muss, um einfacher, schneller und günstiger zu werden?

Erstens: keine neuen Gesetze, die die Unternehmen zusätzlich belasten. Das EU-Lieferkettengesetz muss deshalb dringend ausgesetzt werden. Zweitens: bestehende Bürokratie konsequent abbauen. Drittens: In Zukunft brauchen wir eine praxisorientierte Rechtsetzung, die auf schnelle Bearbeitung und auf die Ergebnisse abzielt.

Welche Vorschläge hat die IHK-Organisation entwickelt?

Die IHK-Organisation hat über 50 Vorschläge für Vereinfachungen bei EU-Gesetzen vorgelegt. Darunter sind auch aktuelle Beiträge für Entlastungen in den für die Unternehmen besonders belastenden Rechtsakten wie die Corporate Sustainability Reporting Richtlinie (CSRD), die Corporate Sustainability Due Diligence Richtlinie (CSDDD), die Green Claims-Verordnung oder die Verordnung über Entwaldungsfreie Lieferketten (EUDR).

Können Sie einige der 50 Verbesserungsvorschläge für EU-Recht nennen?

Zum Beispiel könnten bei der EU-Chemikalienverordnung REACH die Zulassungsverfahren vereinfacht und beschleunigt werden. Auch die Medizinprodukteverordnung führt zu steigenden Dokumentationsanforderungen, die dringend vereinfacht werden müssen. Anforderungen an die Unternehmen müssen zudem grundsätzlich rechtssicher, verständlich und eindeutig formuliert sein.

Wie kann die Bessere Rechtsetzung zur Wettbewerbsfähigkeit beitragen?

Neben dem Bürokratieabbau leistet auch die Bessere Rechtsetzung einen wertvollen Beitrag, um eine wettbewerbsfähige Wirtschaft zu erhalten. Je einfacher und verständlicher Gesetze sind, desto praktikabler sind sie für die Betriebe. Die Prinzipien der Besseren Rechtsetzung müssen konsequente Anwendung finden, beginnend bei einer Folgenabschätzung für alle wirtschaftsrelevanten Gesetze. Es ist essenziell, dass erreichte Entlastungen nicht durch neue Belastungen neutralisiert werden. Die „One-in-one-out“-Regel (OIOO) muss konsequent angewendet werden. Ein „Dynamic Impact Assessment (DIA)“ kann dafür sorgen, die ersten Folgenabschätzungen im weiteren Gesetzgebungsverfahren mit den Änderungsanträgen zu aktualisieren.

Medina Gaidus

Beraterin | Bürokratie und Recht

KONTAKT

Telefon: 04131 742-147

medina.gaidus@ihklw.de

„Je einfacher und verständlicher Gesetze sind, desto praktikabler sind sie für die Betriebe.“

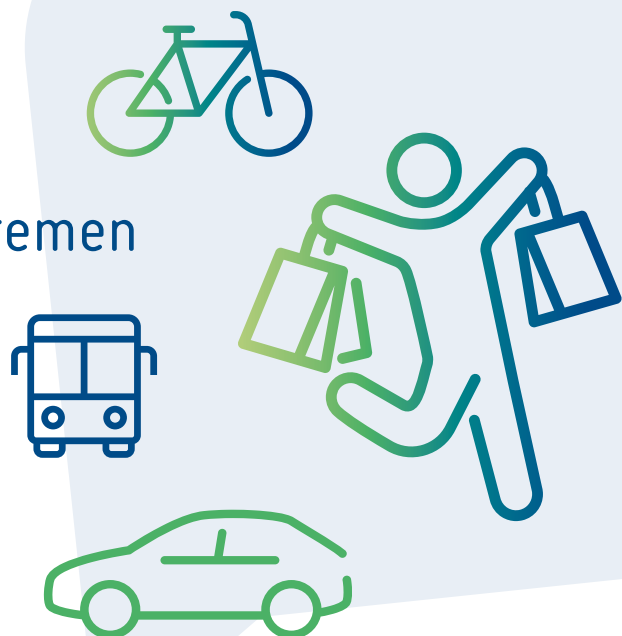


**Nutzen Sie
unseren Bürokratie-Buzzer!**

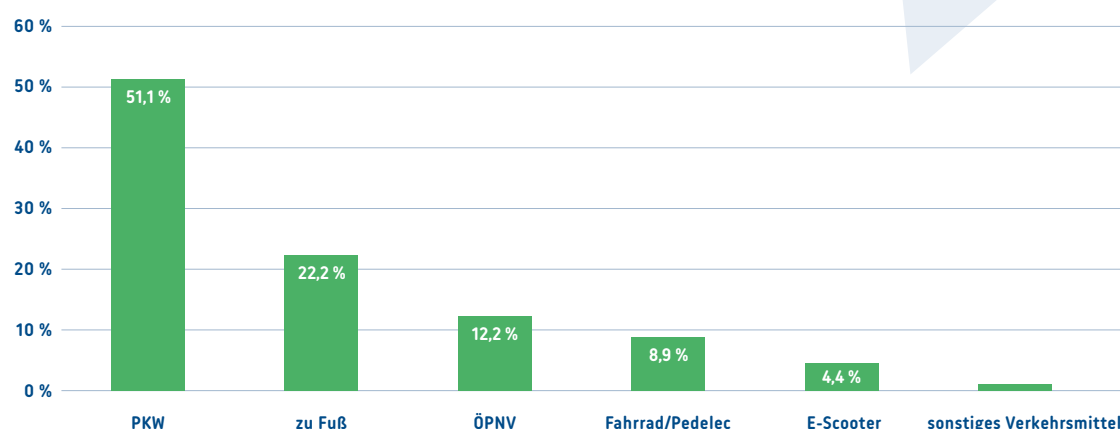
WAS MENSCHEN KÜNFTIG IN DIE INNENSTADT LOCKT

Zentrenstudie Niedersachsen & Bremen

Die Zentrenstudie Niedersachsen & Bremen der CIMA Beratung + Management GmbH, die u. a. im Auftrag der niedersächsischen Industrie- und Handelskammern erstellt wurde, gilt als länderweite Leitstudie zur Innenstadt- und Ortskernentwicklung und zeigt für Niedersachsen deutlichen Handlungsbedarf auf. Sie verdeutlicht, dass die Städte und Gemeinden ein strategisches Gesamtkonzept benötigen.

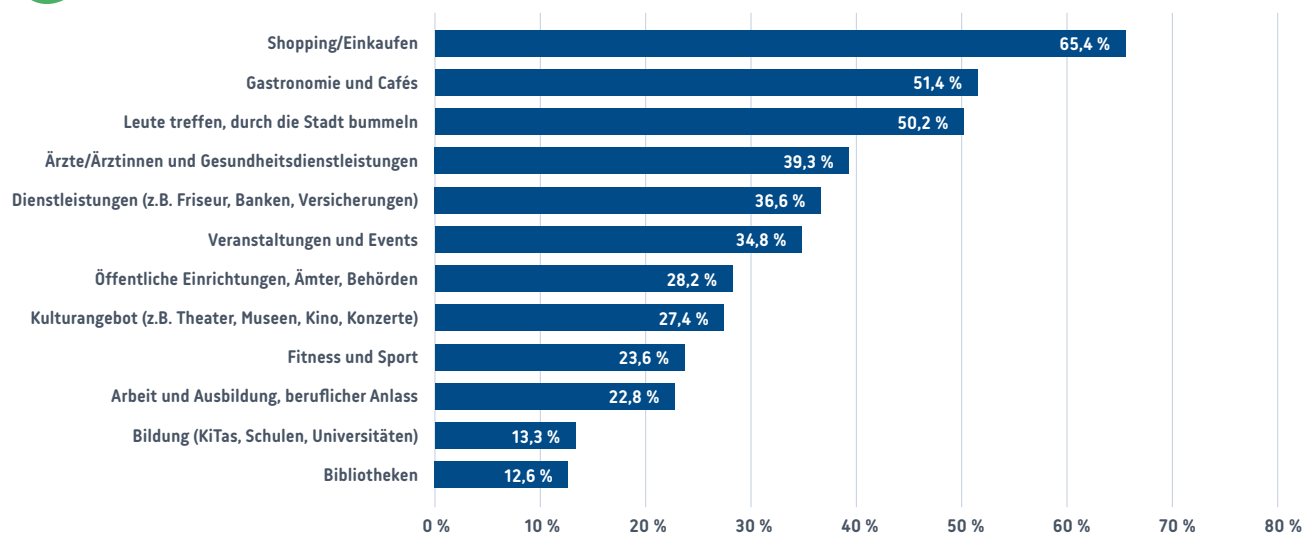


Hauptverkehrsmittel zum Erreichen der Innenstadt im Bezirk der IHK Lüneburg-Wolfsburg



Weitere Infos und vollständige Studie: ihk-n.de/Zentrenstudie

Zu welchen Zwecken die Niedersachsen ihre Innenstädte aufsuchen (Mehrfachnennungen möglich)



Verkehrsprognose 2040

Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr hat die Verkehrsprognose 2040 zur Verkehrsentwicklung in Deutschland veröffentlicht. Als Langfrist-Prognose schließt sie neue Entwicklungen wie Bevölkerungswachstum, Krieg in der Ukraine etc. als Faktoren mit ein.

Die Verkehrsprognose 2024 finden Sie unter bmdv.bund



Eine Verbesserung der Ausstattung fördert ein attraktives Lernumfeld. Dies umfasst nicht nur digitale, sondern auch personelle Ressourcen.

Reform der Berufsorientierung

Die Industrie- und Handelskammern in Niedersachsen fordern mit der aktuellen Novellierung des Erlasses zur Berufsorientierung umfassende Verbesserungen an Schulen. Ziel muss es sein, Schüler aller Schulformen – insbesondere an Gymnasien – praxisnahe Einblicke in berufliche Karrieremöglichkeiten zu bieten. Ein zentraler Punkt ist die Bereitstellung von personellen und zeitlichen Ressourcen an den Schulen. Berufsorientierung muss systematisch und praxisnah erfolgen, wobei Praktika eine Schlüsselrolle spielen. Die Berufsbildenden Schulen (BBS) könnten künftig eine stärkere Rolle als Partner in der Berufsorientierung und der betrieblichen Weiterbildung übernehmen. Für ein attraktives Lernumfeld ist eine verbesserte Ausstattung erforderlich, die sowohl digitale Ressourcen als auch personelle Unterstützung umfasst.

IHKLW fordert Erreichbarkeit der Innenstadt für alle Besucher

Die IHKLW setzt sich in einer Vielzahl von Städten für einen verkehrsträgerübergreifenden Ansatz ein. Das heißt: Die Wahl des Verkehrsmittels, ob ÖPNV, Auto, Fahrrad oder zu Fuß, soll den Besuchern obliegen und nicht durch politische Maßnahmen vorgegeben oder eingeschränkt werden. Die durch die Folgen der Corona-Pandemie, Inflation, steigende Energie-Preise, verändertes Konsumverhalten und eine spürbare Kaufzurückhaltung in Teilen strauhelnde „Innenstadtwirtschaft“ darf in der aktuellen Situation nicht durch weitere Entscheidungen schlechter gestellt werden. Insbesondere in Kleinstädten im ländlichen Raum ist und bleibt das Auto der dominierende Verkehrsträger – dies belegen zahlreiche Studien und Erhebungen. Die im Zuge von Klimaschutz- und Mobilitätsplänen aufkommenden Ideen zur Streichung von Parkmöglichkeiten und Einführung von Einfahrverboten müssen dabei im Dialog mit den Gewerbetreibenden vor Ort sorgsam zwischen Aufenthaltsqualität und Erreichbarkeit abgewogen werden.

IHKLW fordert als Antwort auf Zölle neue Wachstumsinitiative

Donald Trump wird neuer US-Präsident. Nationale Souveränität, Einwanderungskontrolle, Abschottung, höhere Zölle und Wirtschaftswachstum standen im Zentrum seines Wahlkampfes. Als Antwort auf die US-Wahl braucht es jetzt ein starkes und einiges Europa, das konstruktiv den Dialog mit den USA führt. Deutschland muss sich wirtschaftlich und politisch besser aufstellen, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. Und das möglichst schnell, denn die Vereinigten Staaten sind der mit Abstand bedeutendste Exportmarkt für deutsche Unternehmen. Nahezu 6.000 deutsche Firmen schaffen in den USA rund 900.000 Arbeitsplätze. Zudem stehen die USA an der Spitze der deutschen Direktinvestitionen weltweit. Aus dem IHKLW-Bezirk pflegen 177 Unternehmen Geschäftsbeziehungen zu US-Amerikanischen Partnern.

Praktikable Regeln für Handel und Investitionen

Die IHKLW sieht angesichts des US-Wahlergebnisses zusätzlichen politischen Handlungsbedarf, um sich wegen der zunehmenden geopolitischen und geoökonomischen Herausforderungen neu aufzustellen. Bei zukünftigen EU-Richtlinien und EU-Verordnungen sollte eine Prüfung der Notwendigkeit zur Regulierung sowie ein umfassender und aussagekräftiger Bürokratiekosten-Check vorgeschaltet werden. Denn durch kleinteilige bürokratische Vorhaben wie beispielsweise die EU-Lieferkettenrichtlinie mit unverhältnismäßigen Melde- und Berichtspflichten und weiteren zahlreichen Detailregelungen, sieht die IHKLW die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaftsstandorte in der EU zunehmend gefährdet. Dabei stützt sie sich auf den am 1. Oktober vorgelegten Jahresbericht 2024 des Normenkontrollrates.

Die hoch internationalisierte deutsche Wirtschaft ist angewiesen auf ein wirtschaftlich souveränes Europa, das international für offene Märkte sowie praktikable Regeln für Handel und Investitionen eintritt und den eigenen Markt offenhält. Die nächste Handelsstrategie der neuen EU-Kommission sollte bei der Weiterentwicklung des Leitmotivs „Open Strategic Autonomy“ den Offenheitsaspekt deutlich gegenüber protektionistischen Forderungen verteidigen.

Bessere Standortbedingungen für Exportwirtschaft

Die im Herbst 2024 von den IHKs in Deutschland durchgeführte Konjunkturumfrage zeigt: Trotz eines robusten

Wachstums der Weltwirtschaft erwartet die Exportindustrie für die nächsten zwölf Monate keine Besserung. Nur jeder fünfte Betrieb rechnet mit steigenden Ausfuhren, knapp ein Drittel geht von einem Rückgang aus. Dabei werden in der Umfrage insbesondere die Standortbedingungen als betriebliche Geschäftsrisiken bewertet: Unsichere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen (57 Prozent), steigende Arbeitskosten (54 Prozent), der Fachkräftemangel (51 Prozent) sowie zu hohe Energie- und Rohstoffpreise (49 Prozent) sind demzufolge zentrale Risikofaktoren der Betriebe jenseits geopolitischer Spannungen und Krisen.

Zielgerichtete Maßnahmen jetzt dringend notwendig

Die Politik ist gefragt, jetzt konkret gegenzusteuern und ein deutliches Aufbruchssignal zu setzen. Andernfalls droht die deutsche Wirtschaft in Europa und international den Anschluss zu verlieren. Spürbare Entlastungen müssen endlich in den Betrieben ankommen. Eine investitionsfreundliche Unternehmenssteuerreform, die komplette Abschaffung des Solidaritätszuschlages und ein konsequenter Bürokratieabbau sind dringend notwendige Maßnahmen, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen effektiv zu verbessern. Unternehmen brauchen zudem eine Entlastung bei den Energiekosten. Das wären erste konkrete Schritte, denen aber noch viele weitere folgen müssten, um wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad gelangen zu können.



IHKLW im Dialog

In verschiedenen Veranstaltungs- und Dialogformaten tritt unsere IHKLW für die Interessen der regionalen Wirtschaft ein.

28. Januar 2025

IHKLW-Brennpunkt „Wirtschaft und Wahl“

Mit Wirtschaftsjournalistin Anja Kohl
(ARD, Wirtschaft vor acht),
Prof. Dr. Stefan Kooths (IfW Kiel),
IHKLW-Präsident Andreas Kirschenmann
Beginn 18 Uhr | Einlass ab 17.30 Uhr
Ritterakademie | Lüneburg und Online
Anmeldung: www.ihklw.de/wahl-2025

21. Februar 2025

IHKLW-Brennpunkt Europa

mit Bernd Lange, MdEP
12–13:30 Uhr
Ansprechpartner Tobias Siewert
tobias.siewert@ihklw.de

MEHR INFOS UND TERMINE UNTER
ihklw.de



Foto: © Denis Kvarda – shutterstock.com

DIE GUTE NACHRICHT

Wolfsburg ist erneut als nachhaltigste Stadt Deutschlands ausgezeichnet

Die Stadt Wolfsburg wurde in einem Städtetest der Zeitschrift „Wirtschaftswoche“ als nachhaltigste Stadt Deutschlands ausgezeichnet. In der Studie mit insgesamt 72 kreisfreien deutschen Großstädte stach die Stadt am Mittellandkanal insbesondere durch ihre nachhaltige Ökonomie hervor. Die VW-Stadt hat demnach bundesweit die höchste Ingenieursdichte, die zweitmeisten Patent-Anmeldungen und die zweitbeste Ladeinfrastruktur. Ein toller Erfolg!

Impressum | Leserservice

IHKLW-POLITIKNEWS
Der Newsletter für Politik
und Verwaltung
16. Ausgabe Winter 2024/25

ABO BESTELLEN
ihk-lueneburg.de/abo
> IHKLW-Politiknews

HERAUSGEBER
IHK Lüneburg-Wolfsburg
Am Sande 1, 21335 Lüneburg
Telefon 04131 742-0
E-Mail politiknews@ihklw.de

VERANTWORTLICH
Inhaltlich Verantwortlicher für
redaktionelle Inhalte gemäß
§ 55 Abs. 2 RStV:
Hauptgeschäftsführer Michael Zeinert

REDAKTION
Medina Gaidus
medina.gaidus@ihklw.de
Telefon 04131 742-147
E-Mail politiknews@ihklw.de

IHKLW
Politiknews



Besuchen Sie uns:
facebook.com/ihklw
linkedin.com/company/ihk-lueneburg

